



24.027

Kulturbotschaft 2025–2028

Message culture 2025–2028

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.03.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.03.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

4. Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer

4. Loi fédérale sur le transfert international des biens culturels

Art. 18a Abs. 2 Bst. c

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Prelicz-Huber, Baumann, Brizzi, Fivaz Fabien, Marti Min Li, Piller Carrard, Revaz, Rosenwasser)
Festhalten

Art. 18a al. 2 let. c

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Prelicz-Huber, Baumann, Brizzi, Fivaz Fabien, Marti Min Li, Piller Carrard, Revaz, Rosenwasser)
Maintenir

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Die Kommission, die wir jetzt behandeln, kümmert sich um die Aufarbeitung eines dunklen Kapitels der Geschichte der Schweiz. Es geht hier nämlich um die Frage von Raubkunst einerseits aus der Nazizeit im Zweiten Weltkrieg und andererseits aus der Zeit des Kolonialismus. Es ist aus ethisch-moralisch-gesellschaftlichen Gründen wichtig, dass wir diese Kommission einrichten. Es ist aber auch wichtig, dass wir sie so einrichten, dass sie wirklich Sinn macht, dass sie handeln kann und dass sie Empfehlungen abgeben kann, die dann hoffentlich auch ihre Wirkung zeigen.

Damit sie als Kommission eine Wirkung haben kann, ist es eigentlich klar, dass sie einseitig sollte angerufen werden können, wie es auch der Bundesrat vorgeschlagen hat. "Einseitig" heisst: Die Partei, die das Gefühl hat, eine andere Partei habe ihre ehemaligen Kulturgüter geraubt, erhalten oder billig gekauft, möchte dies testen und abklären, wie es damals genau war – und vielleicht, wenn es denn so war, kommen sie sogar wieder zum rechtmässigen Besitzer oder zur rechtmässigen Besitzerin zurück. "Einseitig" heisst aber vor allem: Auch dann, wenn die Seite, die das Kulturgut jetzt hat, nicht einverstanden ist – was leider oftmals der Fall ist



–, soll die Kommission von den Betroffenen angerufen werden können, um abzuklären, ob das, was sie selbst meinen, tatsächlich

AB 2025 N 455 / BO 2025 N 455

wahr ist. Wenn es nicht möglich ist, dass im Konfliktfall auch nur eine Partei anfragen kann, dann wird es schwierig, wirklich schwierige Fälle aufarbeiten zu können.

Wir hatten im Nationalrat eine Variante, die passabel gewesen wäre, einen Kompromissvorschlag, der besagte, dass die Kommission wenigstens für den Teil aus dem Zweiten Weltkrieg, dem Nazitum, einseitig hätte angerufen werden können. Der Ständerat sieht das leider nicht so, und er geht aus Sicht der Minderheit deutlich zu wenig weit. Es soll nur bei Kulturgütern in öffentlich finanzierten Museen und Sammlungen eine einseitige Anrufung der Kommission möglich sein, nicht aber bei Kulturgütern bei Privaten. Es ist aber vor allem und gerade bei Kulturgütern bei Privaten so, dass Konflikte auftreten, dass es nicht zu einer Einigung kommt, dass es nicht möglich ist, die Geschichte abzuklären.

Denken Sie zurück: Man muss leider sagen, dass die Schweiz einer der bedeutendsten Umschlagplätze für Raubkunst war. Hier geschah der Handel, hier wurde viel Raubkunst weiterverkauft. Ich bitte Sie deshalb, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten, wonach es bei Kulturgütern im Kontext des Nationalsozialismus stets möglich sein soll, die Kommission einseitig anzurufen, um von ihr eine Empfehlung und Einschätzung dazu zu erhalten, was sich damals geschichtlich zugetragen hat und wie die Besitzverhältnisse waren.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen. Es geht nicht um Rechtsprechung, es geht um eine Empfehlung. Niemand verliert dabei, aber wir sehen dadurch der Geschichte ins Auge und versuchen eine späte Wiedergutmachung.

Noch einmal, ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Mitte-Fraktion, die FDP-Liberale Fraktion und die Grünliberale Fraktion verzichten auf ein Votum und unterstützen den Antrag der Mehrheit.

Revaz Estelle (S, GE): Le Conseil des Etats a proposé un compromis. Il va dans la bonne direction, mais il ne peut pas, de notre point de vue, être considéré comme satisfaisant. Il y a en effet différents cas de possession ou de revendications de possession. Il y a le cas des biens culturels issus du contexte national-socialiste et celui des biens issus du contexte colonial. Il y a aussi la question privé/public. Le Conseil des Etats a proposé une version qui ne peut être satisfaisante, car elle ne règle qu'un cas sur quatre. Finalement, la commission de notre conseil avait proposé de régler deux cas sur quatre, soit ce que l'on considère être un vrai compromis, à mi-chemin.

Evidemment, on regrette que, ce matin, la commission de notre conseil n'ait pas souhaité poursuivre dans cette direction et qu'elle ait décidé de se rallier à la décision du Conseil des Etats.

On suivra donc la minorité Prelicz-Huber.

Brizzi Simona (S, AG): Die Schweiz ist ein wichtiger Handelsplatz für Kunst- und Kulturgüter. In unserem Land fanden in der Zeit des Kolonialismus und in der Zeit des Nationalsozialismus grosse Kulturgüterverlagerungen statt. Das heisst, Werke mit belasteter Herkunft befinden sich heute in öffentlichen Museen, wie zum Beispiel in der Sammlung Bührle in Zürich, oder in Privatsammlungen.

Der richtige Umgang mit historisch belastetem Kulturerbe ist wichtig. Wir erachten die transparente Aufarbeitung von belasteten Zeugnissen der Vergangenheit als zentral. Es ist wichtig, eine klare Haltung zu zeigen, gerade jetzt, nach der gestrigen Veröffentlichung des Antisemitismusberichtes. Der Umgang mit belastetem Kulturerbe ist von historischer, rechtlicher und ethisch-moralischer Relevanz. Es muss in unserem gemeinsamen Interesse sein, faire und gerechte Lösungen zu finden. Die Möglichkeit zur einseitigen Anrufung, das haben wir gehört, ist nötig, so, wie sie auch andere Länder kennen und wie sie sich im Minderheitsantrag widerspiegelt.

Wir bitten Sie daher, den Minderheitsantrag zu unterstützen, dies aus historischen, rechtlichen, ethischen und moralischen Gründen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die SVP-Fraktion verzichtet auf ein Votum und unterstützt den Antrag der Mehrheit. Die Grüne Fraktion verzichtet ebenfalls auf ein Votum, unterstützt aber den Antrag der Minderheit.

Baume-Schneider Elisabeth, conseillère fédérale: Dès le départ, le Conseil fédéral a souhaité une base légale extrêmement claire et sans équivoque, avec, pour les biens culturels au passé problématique, la possibilité d'une saisine unilatérale, et ce, pour tous les biens et quel que soit le propriétaire, que ce soient des collections



privées, des musées publics ou des personnes ou fondations privées.

Nous avons pris note des propositions de compromis, tant au niveau du Conseil des Etats que du Conseil national. Nous ne pouvons que regretter que la saisine unilatérale n'ait pas été retenue pour l'ensemble des biens concernés, sachant – et c'est important de le dire – que la commission d'experts n'émet que des recommandations. On n'est pas du tout dans des démarches de nature juridique. Vous l'aurez donc compris, et je ne vous étonnerai guère, je vous propose de suivre la minorité de la commission de votre conseil.

Durrer Regina (M-E, NW), für die Kommission: Es geht um die zu schaffende Kommission, welche die Provenienz von Kulturgütern untersuchen soll, die kolonial oder nationalsozialistisch belastet sind. Der Ständerat hat an seiner Sitzung vom 18. März 2025 an seinem Beschluss festgehalten, der besagt, dass die einseitige Anrufbarkeit nur für Kulturgüter mit nationalsozialistischem Kontext gilt, die sich in Museen oder Sammlungen befinden, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Für alle anderen, insbesondere Kulturgüter, die sich im Privatbesitz befinden oder einen kolonialen Hintergrund haben, soll die zweiseitige Anrufbarkeit gelten.

Die WBK-N hat heute in Anwesenheit von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider über das Geschäft beraten. Mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt sie, dem Ständerat zu folgen. Viele der Mitglieder tun dies nicht aus Überzeugung, sondern aus Pragmatismus. Umliegende Länder haben ähnliche Lösungen gefunden. Die Minderheit Prelicz-Huber beantragt, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten und die einseitige Anrufung auch für nationalsozialistisch belastete Kulturgüter im privaten Besitz zu ermöglichen.

Falls das Parlament dem Antrag der Mehrheit folgt, können wir zukünftig darauf zählen, dass die Herkunft von historisch belasteten Kulturgütern erforscht wird und eine Kommission unabhängige Empfehlungen abgeben kann, wie mit diesen Gütern umgegangen werden soll. Dabei geht es nicht darum, jemandem sein Eigentum wegzunehmen, sondern darum, die Vergangenheit zu berücksichtigen. Dieser Blick zurück ist nicht nur heute, aber besonders heute wichtig, um die Gegenwart richtig einzuordnen und Entscheide treffen zu können. Zudem wird nach drei Jahren evaluiert, ob die getroffenen Massnahmen zielführend sind.

In diesem Sinne beantragt Ihnen die WBK-N, der Mehrheit zu folgen.

Weber Céline (GL, VD), pour la commission: La Commission de la science, de l'éducation et de la culture s'est réunie ce matin pour traiter de la divergence du projet 4 du message culture. Pour rappel, nous avons traité cette divergence le 13 mars dernier. Le projet 4 concerne l'institution d'une commission consultative pour le patrimoine culturel au passé problématique. Cette commission aurait notamment pour but de conseiller le Conseil fédéral et l'administration fédérale sur la manière de traiter des biens culturels au passé problématique ou encore d'émettre des recommandations. Or c'est sur ce dernier point qu'il y a une divergence entre notre conseil et le Conseil des Etats.

Le 13 mars dernier, notre conseil a maintenu la possibilité d'une saisine unilatérale pour les biens culturels en lien avec le contexte du national-socialisme, exprimant ainsi une différence avec le Conseil des Etats. Le Conseil des Etats

AB 2025 N 456 / BO 2025 N 456

voulait, en effet, spécifier que la saisine unilatérale ne devait être possible que si les biens se trouvent dans des musées ou collections financées par des fonds publics et s'ils sont en lien avec le contexte national-socialiste. En clair, la principale différence entre notre conseil et le Conseil des Etats concerne la distinction entre l'aspect privé ou public.

La majorité de votre commission a finalement décidé, ce matin, de se rallier à la version du Conseil des Etats, souvent moins par conviction que par pragmatisme. En effet, la solution adoptée est ainsi sans doute plus proche de ce qui se fait dans les pays qui nous entourent – sans doute, car l'Allemagne est en train de réviser son droit à ce sujet. Quant aux autres pays, comme la France, les Pays-Bas ou l'Autriche, il faut savoir qu'ils font également des distinctions entre privé et public.

Alors oui, la version proposée par la majorité n'est sans doute pas optimale. Plusieurs membres de la commission de votre conseil auraient souhaité aller plus loin. Néanmoins, ne prenons pas le risque de tout perdre en séance de conciliation alors qu'avec cette loi telle que proposée aujourd'hui par la majorité de votre Commission de la science, de l'éducation et de la culture, nous n'avons pas à rougir en comparaison avec ce qui se fait ailleurs en Europe, ce d'autant plus qu'un bilan est prévu trois ans après l'entrée en vigueur de la présente loi.

Vous l'avez entendu, une minorité Prelicz-Huber demande de maintenir la version du Conseil national. La commission, par 15 voix contre 8 et 1 abstention, vous demande cependant de vous rallier à la position du Conseil des Etats.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Frühjahrssession 2025 • Dreizehnte Sitzung • 19.03.25 • 15h00 • 24.027
Conseil national • Session de printemps 2025 • Treizième séance • 19.03.25 • 15h00 • 24.027



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.027/30411)

Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.

